

ZUKUNFT KLIMA

In sieben Schritten zu einem klimafreundlichen Österreich

Inhalt:

1 Österreichs Klimabilanz.....	2
1.1. Warum Österreich im Klimaschutz so schlecht abschneidet.....	3
2 Warum Klimaschutz gut für Österreich ist.....	3
2.1. Jetzt oder nie.....	3
2.2. Die regionale Wirtschaft fördern.....	4
2.3. Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten.....	4
2.4. Klimaschutz ist unsere Überlebensversicherung.....	4
3 Sieben Schritte zu einem klimafreundlichen Österreich.....	4
3.1. Eine Klimaschutzmilliarde pro Jahr investieren, statt Strafe zahlen.....	4
3.2. Öko-sozial umsteuern.....	7
3.3. Nullemissionstechnologien Schritt für Schritt zum Standard machen.....	7
3.4. 100 % Ökostrom bis 2030 & Efficiency first.....	8
3.5. Klimaneutralität bis 2040 in der Verfassung verankern.....	8
3.6. Stopp klimaschädliche Großprojekte, Gesetze und Verordnungen.....	9
3.7. Sozial gerechte Transformation und globale Verantwortung.....	9

1 Österreichs Klimabilanz

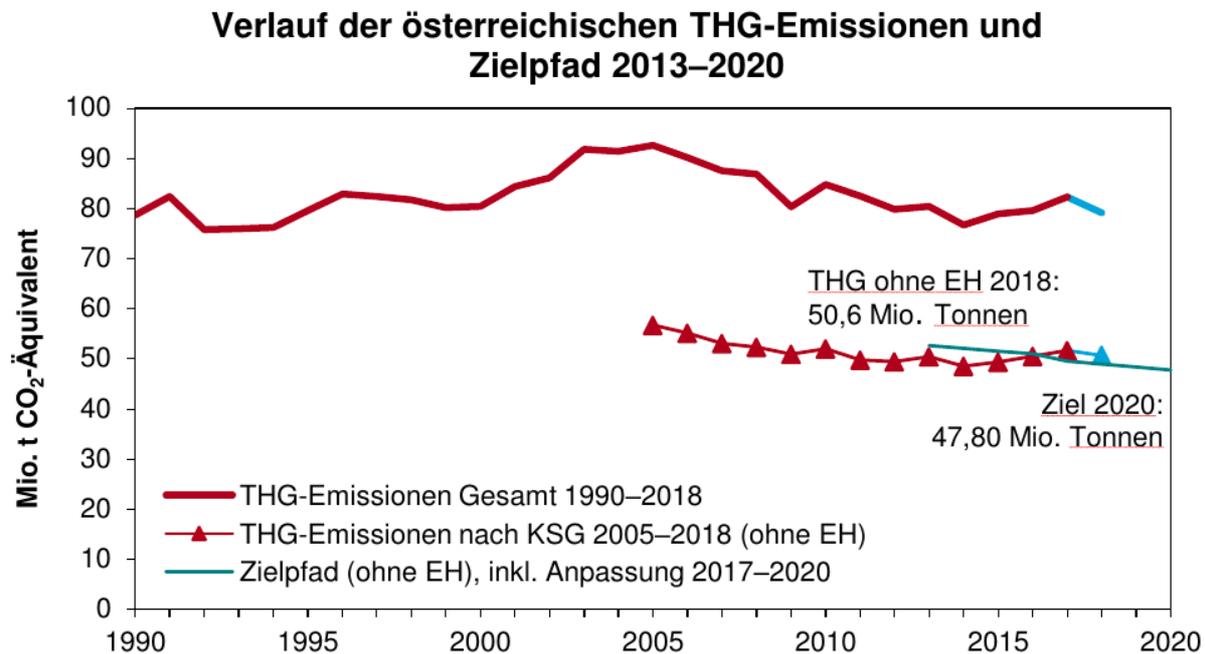


Abbildung 1: Quelle: Umweltbundesamt (2019): Nowcast 2019

In Österreich sind die Treibhausgasemissionen seit 2014 gegenüber dem Basisjahr 1990 nicht nur nicht gesunken, sondern sogar gestiegen. Der leichte Rückgang um 3,8 Prozent im Jahr 2018 war nicht etwa das Verdienst einer wirksamen Klimapolitik, sondern hatte andere Gründe:

- der milde Winter 2018 (9,5 Prozent Heizgradtage weniger)
- die um 15 Prozent verringerte Roheisenproduktion durch einen Wartungsstillstand eines Voest-Hochofens
- eine niedrigere Stromproduktion aus Gaskraftwerken, die wiederum die Stromimporte um 34 Prozent nach oben schnellen ließ

Im Verkehr hingegen stiegen die Treibhausgasmissionen auch 2018 um 0,8 Prozent weiter an. In Summe liegen sie also auch 2018 über dem Basisjahr 1990. Damit platziert sich Österreich unterhalb des EU-Durchschnitts, wo eine Einsparung um ein Fünftel im gleichen Zeitraum erzielt werden konnte.

Die aktuelle Klimabilanz (Datenstand 2018) zeigt, dass die gesetzlichen Höchstwerte in Österreich mittlerweile das zweite Jahr in Folge überschritten wurden (siehe Abb. grüne Linie mit Kreisen). Das Klimaschutzgesetz sieht vor, dass in diesem Fall nach einer Evaluierung innerhalb von sechs Monaten Verhandlungen geführt und Sofortmaßnahmen ergriffen werden müssen. Bis jetzt ist das aber nicht erfolgt.

1.1. Warum Österreich im Klimaschutz so schlecht abschneidet

- 4,7 Milliarden Euro umweltkontraproduktive Förderungen im Energie- und Verkehrsbereich ¹
- Anstieg der Verkehrsemissionen um 73 Prozent seit 1990 ²
- Anstieg der PKW-Kilometer um 71 Prozent und der LKW-Fahrten um 78 Prozent seit 1990 ³
- Anstieg spritfressender SUV im Straßenverkehr (ein Drittel der Neuzulassungen) ⁴
- Rückgang der Insassen pro Fahrzeug seit 1990 von durchschnittlich 1,4 auf 1,2 Personen ⁵
- immer noch rund 700.000 meist veraltete Ölheizungen in Betrieb ⁶
- thermische Sanierungsrate bei Gebäuden weit unter einem Prozent ⁷
- immer noch mehr als 913.000 Gasheizungen in Betrieb ⁸

2 Warum Klimaschutz gut für Österreich ist

2.1. Jetzt oder nie

Die Klimawissenschaft gibt uns noch ein Handlungsfenster von zehn Jahren, um eine schwere Klimakrise abzuwenden. Bleiben wir auf dem jetzigen Kurs, werden wir die Pariser Klimaziele verfehlen.

Österreich hat noch keinen Plan um die EU-Mindestziele zu erreichen. Diese sind für die Erreichung der Pariser Klimaziele ohnehin nicht ambitioniert genug. Verfehlen wir sie, drohen uns Strafzahlungen von bis zu 8,7 Milliarden Euro pro Jahr. Dieses Geld sollten wir lieber in unsere Zukunft investieren.

1 Vgl. WIFO (2016): Subventionen und Steuern mit Umweltrelevanz in den Bereichen Energie und Verkehr

2 Vgl. UBA (2019): Nowcast 2019

3 Vgl. UBA (2018): Klimaschutzbericht 2018

4 Vgl. VCÖ (2018) (<https://www.vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/neuzulassungen-suv-firmenwagen-2018>)

5 Vgl. UBA (2018): Klimaschutzbericht 2018, S. 106ff

6 Vgl. Mission 2030: Klimastrategie der Bundesregierung

7 Vgl. UBA (2018): Klimaschutzbericht 2018, S. 136

8 Vgl. Statistik Austria (2018): Heizungen 2003 bis 2018 nach Bundesländern

2.2. Die regionale Wirtschaft fördern

Rechtzeitig gegensteuern schafft tausende Jobs in der Bauwirtschaft etwa beim Bau von Passiv- und Plusenergiehäusern, im öffentlichen Verkehr, im Bereich erneuerbare Energien und in vielen anderen innovativen Branchen. Wenn wir zum Klimavorreiter werden, wird unser Know-how in der ganzen Welt gefragt sein.

2.3. Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten

Etwa zehn Milliarden Euro zahlen wir für fossile Energieimporte von Kohle, Öl und Gas. Mit diesem Geld unterstützen wir teils autoritäre Regierungen und Diktaturen und machen uns damit von Preisschwankungen auf internationalen Märkten abhängig. Lassen wir diese Geld in die regionale Wirtschaft fließen.

2.4. Klimaschutz ist unsere Überlebensversicherung

Unsere Untätigkeit wird uns nicht nur Strafzahlungen, sondern auch schwere Klimafolgen bescheren: Hitze, Dürre, Hochwasser, Starkregen und Murenabgänge. Die Schäden werden sich auf bis zu 8,8 Milliarden Euro pro Jahr belaufen. Schon jetzt gibt es in Österreich mehr Hitze- als Verkehrstote und das Artensterben schreitet voran. Es liegt in unserem ureigensten Interesse, eine schwere Klimakrise zu vermeiden.

3 Sieben Schritte zu einem klimafreundlichen Österreich

Wir haben also noch zehn Jahre Zeit, um eine schwere Klimakrise abzuwenden. Die kommende Regierung wird die Hälfte dieser Zeit abdecken. Was wir also brauchen, sind rasche und vor allem mutige Entscheidungen für den Klimaschutz. Die gute Nachricht: In sieben Schritten finden wir den Weg aus der Krise.

3.1. Eine Klimaschutzmilliarde pro Jahr investieren, statt Strafe zahlen

Ab sofort muss für die Erreichung der Klimaziele bis 2030 mindestens eine Klimaschutzmilliarde pro Jahr zusätzlich im Bundesbudget bereitgestellt werden. Damit können wir in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und erneuerbarer Energien investieren oder Haushalte beim klimafreundlichen Ersatz alter Ölkessel und der Gebäudesanierung unterstützen.

Eine Klimaschutzmilliarde pro Jahr kann in wesentlichen Bereichen wichtige Impulse setzen:

- Den öffentlichen Verkehr mit zusätzlichen 500 Millionen ausbauen, um auch am Land eine Mobilitätsgarantie zu erreichen.
- Den Sanierungsscheck um 250 Millionen Euro aufstocken, um die thermische Sanierung des Gebäudebestands und den Heizkesseltausch zu fördern.
- Das Radwegenetz mit 100 Millionen Euro ausbauen, um klimafreundliches Radfahren sicherer und attraktiver zu machen.
- Den Klimafonds um 100 Millionen Euro aufstocken, um Klimaschutzprojekte in ganz Österreich zu finanzieren.
- Die Energieeffizienz von Unternehmen um 25 Millionen Euro fördern.
- In die Forschung und Entwicklung wichtiger Klimaschutztechnologien und sozialer Innovationen zusätzliche 25 Millionen Euro investieren.

3.1.1. Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Im Sachstandsbericht Mobilität (2018) des Umweltbundesamts wurde die Auswirkung einer Anhebung der Investitionen in den öffentlichen Verkehr von 2,5 auf 3 Milliarden Euro pro Jahr bei gleichzeitiger Verringerung der Ticketpreise untersucht. Die CO₂-Emissionen könnten um 390.000 Tonnen gesenkt und mehr als 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Hälfte der AutofahrerInnen kann sich bei verbesserten Rahmenbedingungen den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel vorstellen, das Potenzial für zusätzliche BahnkundInnen ist also enorm.⁹

3.1.2. Thermische Sanierung und Heizkesseltausch

Derzeit werden weniger als ein Prozent der Gebäude pro Jahr thermisch saniert. Damit die notwendige Anhebung der Sanierungsrate auf zumindest drei Prozent gewährleistet werden kann, braucht es eine Aufstockung des Sanierungsschecks von derzeit 42,6 auf mindestens 300 Millionen Euro. Damit könnte am Bau ein Investitionsvolumen von zwei Milliarden Euro ausgelöst und eine CO₂-Einsparung von etwa zwei Millionen Tonnen erreicht werden.¹⁰

Der Bundes-Sanierungsscheck wurde zuletzt schwerpunktmäßig mit dem „Raus-aus-Öl“-Bonus beworben, der die Umstellung eines alten Ölkessels auf ein klimafreundliches Heizgerät mit 5.000 Euro fördert. In der Klimastrategie *#mission2030* hat man sich das Ziel gesetzt, die Hälfte der rund 700.000 Ölheizungen in Österreich bis 2030 zu ersetzen. Bezogen auf einen Zeitraum von zehn Jahren entspricht das etwa 35.000 Ölkesseln pro Jahr. Mit 5.000 Euro multipliziert, ergibt das ein Fördervolumen von 175 Millionen Euro pro Jahr.

9 Vgl. UBA (2018): Sachstandsbericht Mobilität, S. 47

10 Vgl. WIFO (2010): Thermische Gebäudesanierung nutzt Umwelt und Wirtschaft

3.1.3. Ausbau des Radwegenetzes

Die Klimastrategie #mission2030 sieht auch vor, dass der Radverkehr bis 2025 von sieben auf 13 Prozent angehoben, also beinahe verdoppelt werden soll. Das Potenzial ist da, denn 40 Prozent unserer Autofahrten in Österreich sind kürzer als fünf Kilometer und entsprechen somit der „klassischen Raddistanz“. Das Marktforschungsinstitut GfK fand in einer Umfrage heraus, dass sich 43 Prozent der ÖsterreicherInnen vorstellen kann, öfter mit dem Rad zu fahren, wenn die Infrastruktur verbessert wird.¹¹ Dafür müssen jedoch auch Mittel zur Verfügung gestellt werden. Mit 100 Millionen Euro können pro Jahr 300 Kilometer Radwege errichtet werden.¹²

3.1.4. Aufstockung des Klimafonds

Derzeit hat der Klimafonds ein Fördervolumen von 101 Millionen Euro. 2007 waren es noch 150 Millionen Euro. Berücksichtigt man die Inflation, ist die Kürzung sogar noch wesentlich dramatischer als es auf den ersten Blick scheint. Aufgrund des begrenzten Budgets können also viele sofort wirksame Klimaschutzprojekte nicht gefördert werden, wie etwa Photovoltaik-Kleinanlagen unter 5 kWp. Will man das angepeilte Ziel von 100 Prozent erneuerbarem Strom bis 2030 erreichen, sollten die Mittel des Klimafonds auf rund 200 Millionen Euro aufgestockt werden. Diese sollen verstärkt Förderprogrammen zur Wärme- und Mobilitätswende zu Gute kommen und in den Ausbau erneuerbarer Energien fließen. Bei sofortiger Mittelaufstockung können bereits eingereichte Projekte finanziert und sofort wirksam werden.

3.1.5. Energieeffizienz in Unternehmen fördern

Auch in Unternehmen müssen ineffiziente Technologien ersetzt werden. Mit einer Förderung von 25 Millionen Euro pro Jahr können wichtige Investitionen angestoßen werden. Eine Analyse von GLOBAL 2000 zeigt, dass elektrische Motoren 20 Prozent des gesamten Energieverbrauchs im Industriesektor ausmachen. Aufgrund ihrer langen Lebensdauer sind sie oft veraltet und entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik. Rund 4 TWh könnten hier eingespart werden, das entspricht allein bereits mehr als fünf Prozent des österreichischen Stromverbrauchs.¹³

3.1.6. Forschung und Entwicklung wichtiger Klimaschutztechnologien

Auch für Forschung und Entwicklung im Bereich Klimaschutz braucht es mehr Mittel. Mit 25 Millionen Euro könnten wichtige Forschungsvorhaben realisiert werden, die zu einem besseren Verständnis über die Auswirkungen der Klimakrise beitragen und bei wichtigen Zukunftstechnologien die Nase vorn zu haben und soziale Innovationen zu fördern.

11 Vgl. UBA (2018): Sachstandsbericht Mobilität, S.

12 Vgl. Bei Kosten von ca. 317.000 Euro pro km Radweg (vgl. BMVIT (2013): Radverkehr in Zahlen, S. 134; für Radweg 3m breit, asphaltiert ohne Beleuchtung;)

13 Vgl. Kulterer 2014 oder Haas et al. 2011

3.2. Öko-sozial umsteuern

Mit einer öko-sozialen Steuerreform im Umfang von mehreren Milliarden Euro soll fossile Energie höher besteuert, Arbeit hingegen steuerlich entlastet und insgesamt eine sozial gerechte Umsetzung sichergestellt werden. Im Gegenzug müssen umweltschädliche Förderungen abgebaut werden. Österreich muss sich auf EU-Ebene für eine Kerosinbesteuerung einsetzen.

Eine Modellierung im Auftrag von GLOBAL 2000 zeigt, dass eine sozial gerechte Umsetzung möglich ist, indem fossile Energie im Ausmaß von fünf Milliarden Euro stärker besteuert, gleichzeitig Steuern auf Arbeit gesenkt und ein Ökobonus als Direkttransfer an die Haushalte eingeführt werden. Das Ergebnis der Modellierung zeigt, dass damit 17.400 Arbeitsplätze geschaffen und die CO₂-Emissionen um 3,6 Millionen Tonnen reduziert werden können. Die „doppelte Dividende“, Klimaschutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen, könnte auch in Österreich erreicht werden.

Die Klimaforschung spricht in ihrem Referenz-Klimaplan davon, dass es für Emissionen einen Einstiegspreis von mindestens 50 Euro pro Tonne CO₂ braucht, der bis 2030 auf mindestens 130 Euro pro Tonne CO₂ ansteigen sollte. Die Steuereinnahmen sollten aufkommensneutral, etwa in Form eines Klimabonus rückvergütet werden.

3.3. Nullemissionstechnologien Schritt für Schritt zum Standard machen

Ölheizungen sind die klimaschädlichste Heizungsvariante, die derzeit noch in großem Stil am Markt vertreten ist. Etwa 700.000 meist veraltete Ölheizungen sind hierzulande noch in Betrieb und sie sind teurer als klimafreundliche Heizgeräte. Wenn der Ölpreis wieder auf das Niveau von vor 2004 steigt, schlägt sich das Heizen mit Öl bei einem unsanierten Einfamilienhaus mit bis zu 1.800 Euro pro Jahr an Mehrkosten zu Buche. Heizsysteme auf Basis erneuerbarer Energie erweisen sich hingegen als sehr preisstabil.¹⁴ Deshalb muss es eine Förderung für den Umtausch und zusätzlich ein Gesetz geben, das sicherstellt, dass alte Ölheizungen nicht einfach gegen neue getauscht werden können. In Wien gibt es dazu schon ein Verbot in der Bauordnung und Niederösterreich hat den Beschluss gefasst, den Tausch von Öl auf Öl ab spätestens 2025 nicht länger zu erlauben.

Außerdem müssen wir langfristig weg von Fahrzeugen mit reinem Verbrennungsmotor, der Standard muss sich weiterentwickeln. Deshalb haben sich einige europäische Länder bereits darauf festgelegt, nur noch emissionsfreie bzw. keine reinen Verbrennungsmotoren mehr neu zuzulassen: Norwegen ab 2025, Dänemark und Schweden ab 2030 und Frankreich ab 2040. Auch in Österreich sollten ab spätestens 2030 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge neu zugelassen werden.

14 Vgl. TU Wien (2018): Wärmезukunft 2050

3.4. 100 % Ökostrom bis 2030 & Efficiency first

Ein neues Energiegesetz in Österreich muss gute gesetzliche Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Einsparung von Energie im Allgemeinen schaffen.

Das von der österreichischen Bundesregierung definierte Ziel „100 Prozent erneuerbarer Strom bis 2030“ ist erreichbar, wenn:

- stabile Förderbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien geschaffen werden
- Energie sparsamer eingesetzt wird
- die Menschen in den Mittelpunkt der Energiewende gerückt werden und
- die Naturverträglichkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien außer Streit steht.

BürgerInnen-Energiekraftwerke können in Österreich sieben von neun BürgerInnen zu EnergieproduzentInnen machen. Gleichzeitig müssen wir den Stromverbrauch bremsen. Durch sparsames Verhalten, effiziente Geräte und Einsparungen bei Wirtschaft und Industrie lassen sich in Österreich in den nächsten zehn Jahren mehr als 13 TWh Strom einsparen. Das entspricht einem Einsparpotenzial in der Größenordnung von 18 Prozent des österreichischen Stromverbrauchs.¹⁵

3.5. Klimaneutralität bis 2040 in der Verfassung verankern

Der Ausstieg aus fossiler Energie – Kohle, Öl und Gas – muss Staatsziel sein. Österreich soll bis 2040 klimaneutral sein. Langfristige Klimaziele und entsprechende CO₂-Budgets müssen im Klimaschutzgesetz verankert werden, um die Wichtigkeit dieses generationenübergreifenden Themas zu unterstreichen. Regierungen wechseln, die Aufgabe aus fossilen Energien auszusteigen, bleibt.

Der Weltklimarat hält das 1,5 °C-Ziel des Pariser Klimaabkommens für erreichbar, wenn es gelingt, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf null zu reduzieren. Im Pariser Abkommen wurde auch beschlossen, dass Staaten, die in der Vergangenheit, mehr Emissionen produziert haben, vorangehen sollen. Ebenso Staaten, die reicher sind als andere. Deshalb sollte Österreich seinen fairen Beitrag zum internationalen Klimaschutz beitragen. Das erfordert eine rasche Transformation unserer Energie- und Mobilitätssysteme und den Umbau zu einer Gesellschaft, die die ökologischen Grenzen des Planeten respektiert.

15 Bezogen auf den Inlandsstromverbrauch von 71.824 GWh (2017), Quelle: E-control (2019).
<https://www.e-control.at/statistik/strom/betriebsstatistik/jahresreihen>

3.6. Stopp klimaschädliche Großprojekte, Gesetze und Verordnungen

Eine Dritte Piste und Tempoerhöhungen auf Autobahnen können wir uns in Zeiten des Klimanotstands nicht leisten. Großprojekte, Gesetze und Verordnungen müssen auf ihre Klimawirksamkeit hin überprüft werden. So steigen etwa bei Tempo 140 die CO₂-Emissionen gegenüber Tempo 130 bereits um 10 Prozent an und der Ausstoß anderer Luftschadstoffe und die Lärmbelastung nehmen zu. Durch den Bau der Dritten Piste werden sogar laut Angaben der Betreiber die CO₂-Emissionen um 250 Prozent erhöht. Diese Zunahmen der Emissionen können wir aus Klimaschutzgründen nicht länger verkraften.

3.7. Sozial gerechte Transformation und globale Verantwortung

Eine sozial gerechte Transformation kann gelingen, wenn:

- BürgerInnen, ArbeitnehmerInnen und lokale Akteure unterstützt und an der Umsetzung der Klimapolitik beteiligt werden
- gute Arbeit und Lebensbedingungen, leistbare Energie und Mobilität für alle geschaffen werden
- Mitsprache und Mitentscheidung auf allen Ebenen möglich gemacht werden
- über wirtschafts- und sozialpolitische Instrumente sowie geeignete Maßnahmen auf betrieblicher Ebene sichergestellt wird, dass der notwendige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft auf sozial gerechte Weise geschieht
- wir einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leisten

Entwicklungsländer müssen beim Kampf gegen die Klimakrise viel stärker unterstützt werden. Sie haben wenig bis nichts zur Klimakrise beigetragen und sind schon heute von deren Konsequenzen betroffen. Österreich muss eine Einmalzahlung von mindestens 100 Millionen Euro für den Green Climate Fund leisten. Zusätzlich sollen die öffentlichen Zuschüsse für die österreichische Klimafinanzierung schrittweise auf 150 Millionen Euro jährlich angehoben werden. Bei der Verwendung dieser Gelder soll auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Klimaschutz und Anpassung geachtet werden.

Rückfragehinweis:

Johannes Wahlmüller

GLOBAL 2000-Klima- und Energiesprecher

johannes.wahlmueller@global2000.at